

# 2017 - Januar - EU - Sondermeldungen zu Migrationsfällen in Belgien, Spanien, Norwegen etc. und Urteile des EUGH etc.

---

## Belgien:

### 14-Jähriger Moslem mit Rucksack voller Bomben verhaftet!

veröffentlicht am 31.12.2016 von JouWatch



Foto: Colignon Béatrice/

Flickr/ <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/2.0/>

In Belgien ist ein 14jähriger Moslem verhaftet worden, der einen Rucksack voller Sprengstoff auf dem Rücken trug.

Der Alarm in der Islamhochburg Molenbeek wurde ausgelöst, als Rauchwolken auf einem Baugrundstück in der Nähe des Bahnhofs gesichtet wurden. Auf der Baustelle wurden vier Jugendliche entdeckt, einer von ihnen trug eine tödliche Menge selbstgebastelter Bomben mit sich herum.

Er war auch im Besitz von einer Flasche auf der „Allahu Akbar“ eingeritzt war, so die Polizei.

Bewaffnete Polizei stürmte das Zuhause des Jungen und fand noch mehr Equipment zum Bombenbauen.

Die Beamten beschlagnahmten seinen Computer. Auf ihm hatte der Jugendliche nach „Anleitungen zum Bombenbau“ gesucht. Den Beamten erzählte er, er interessiere sich für Chemie und Videospiele, deshalb wollte er eine Bombe bauen.

Der Brüsseler Staatsanwalt Ine Van Wymersch sagt: „Das, was wir über den Jungen bisher wissen, ist besorgniserregend.“ Er glaubt, dass „Videospiele den 14jährigen so verwirrt haben“, berichtet die englische Tageszeitung *Express*.

Die Pariser *Bataclananschläge* waren von Islamterroristen aus Europa's „Dschihad-hotspot“ Molenbeek in Brüssel geplant worden.

---

Quelle: <http://www.express.co.uk/news/world/747953/Belgium-Molenbeek-terror-Islamic-State-ISIS-rucksack-bombs-Allah-Akbar-European-Union>

>>>

# Islamkurse für Polizisten

veröffentlicht am 11.01.2017 von JouWatch

In Brüssel müssen Polizisten an einem Kurs über den Islam teilzunehmen, damit sie „respektvoller mit den muslimischen Gemeinschaften“ umgehen können. In dem achtstündigen Kurs wird ihnen die islamische Religion sowie die Geschichte der Immigration nach Belgien seit den 1960er Jahren beigebracht.



In Brüssel müssen Polizisten an einem Kurs über den Islam teilzunehmen, damit sie „respektvoller mit den muslimischen Gemeinschaften“ umgehen können. In dem achtstündigen Kurs wird ihnen die islamische Religion sowie die Geschichte der Immigration nach Belgien seit den 1960er Jahren beigebracht.

Das von der EU mitfinanzierte Programm soll es ihnen auch möglich machen, radikale islamische Tendenzen leichter zu erkennen.

Laut der Brüsseler Ministerpräsidentin Annemie Maes, wird das Programm von der Polizei unterstützt: „Die Polizisten selbst haben so einen Unterricht gefordert. Ihnen ist klar, dass in einer multikulturellen Stadt wie Brüssel, Wissen über den Islam unabdingbar ist.“

Als nächste sollen Polizeibeamte in Antwerpen in den Genuss des Islamkurses kommen.

---

Original: <http://www.express.co.uk/news/world/752655/brussels-police-islam-muslims-lessons-im...>

>>>

# Islamisten in Deutschland: BKA warnt vor Terror-Anschlägen mit Chemikalien auf die Trinkwasserversorgung

[Veröffentlicht am 24.01.2017 von EpochTimes](#)

- **Islamistisch motivierte Täter seien willens und in der Lage, *"größere Mengen Chemikalien zu beschaffen und diese auch einzusetzen"*, schreibt das BKA in der "Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz" der Bundesregierung.**

Bundesregierung und Bundeskriminalamt (BKA) haben nach einem Medienbericht vor der Gefahr von Terroranschlägen mit Chemikalien gewarnt. Islamistisch motivierte Täter seien willens und in der Lage, *„größere Mengen Chemikalien zu beschaffen und diese auch einzusetzen“*, schreibt das BKA in der *„Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz“* der Bundesregierung laut „Bild“-Zeitung (Dienstagsausgabe).

- Als *„realistische Option“* werde ein Chemie-Anschlag auf die Trinkwasserversorgung zum Beispiel von Mehrfamilienhäusern oder Lebensmittel angesehen, zitiert das Blatt aus dem Papier.
- Ein *„hohes Gefährdungspotenzial“* gebe es auch bei Einrichtungen oder Transporten der Chemie-Industrie.

In dem Regierungsbericht schildere die Regierung detailliert, welche Gefahren der Bevölkerung durch Anschläge mit Chemikalien drohten und wie die deutschen Sicherheitsbehörden, Krankenhäuser, Rettungs- und Hilfsdienste darauf vorbereitet seien.

- *„Eine entschlossene und mit ausreichendem Fachwissen ausgestattete terroristische Gruppierung dürfte durchaus in der Lage sein, das in Deutschland zu Genüge vorhandene Potenzial an chemischen Gefahrstoffen im Rahmen eines Anschlags für ihre Ziele zu nutzen“*, zitiert die Zeitung aus der ihr vorliegenden Analyse.
- Bei der Bewältigung von Anschlagfolgen könne es *„erforderlich werden“*, auch die Bundeswehr *„stärker als bisher“* einzusetzen, führe die Bundesregierung darin aus. *„Hierauf bereitet sich die Bundeswehr noch stärker als bisher vor“*, heißt es demnach weiter.

Die Analyse komme zu dem Schluss, Sicherheits- und Hilfskräfte besser auf mögliche Chemie-Anschläge vorzubereiten und zusätzliche Entgiftungsanlagen einzurichten.  
(afp)

>>>

# Deutschland:

## Verhaftung eines Syrers, der einen Anschlag androhte Polizei überwältigt den Mann

von Dirk Skrzypczak

Quelle: [Mitteldeutsche Zeitung vom 05.01.2017](#)

### Merseburg:

Für die Mitarbeiter der Ausländerbehörde des Saalekreises ist es ein Schock: Am späten Mittwochmittag stürmt ein Flüchtling aus Syrien in das Gebäude am Kloster in Merseburg und soll nach Aussagen von Zeugen mit einem Anschlag „wie in Berlin, der im Fernsehen zu sehen ist“, gedroht haben.



Die Polizei nahm den Flüchtling aus Syrien fest. Über das weitere Vorgehen entscheidet die Staatsanwaltschaft. - Foto: Peter Wölk

### ► Polizei konnte Syrer überwältigen - nicht der erste Fall in der Ausländerbehörde Merseburg

Er hat eine Flasche mit einer Flüssigkeit bei sich, die später durch die Kriminaltechnik untersucht wird. Nach MZ-Informationen handelt es sich offenbar um Benzin. Die alarmierte Polizei kann den Mann überwältigen, bevor etwas passiert. Er wird vorläufig festgenommen. Unklar ist, ob sich zum Tatzeitpunkt der private Sicherheitsdienst in dem Objekt befunden hatte. Der Landkreis bezahlt eine Security-Firma, um den Geschäftsbetrieb in der Behörde abzusichern, nachdem es in der Vergangenheit immer wieder zu Zwischenfällen gekommen war.

So ernst wie am Mittwoch war es aber wohl noch nie. Die Ermittlungen führt die Kriminalpolizei des Saalekreis-Reviers. „Die Befragungen dauern an. Detaillierte Angaben können wir daher nicht machen“, sagt Polizeisprecherin Ulrike Diener. Vorerst bleibt unklar, ob gegen den Mann Haftbefehl beantragt wird. 24 Stunden darf ihn die Polizei maximal festhalten. Danach muss er freigelassen werden - oder der Staatsanwalt beantragt bei Gericht einen Haftbefehl. Auf Fragen der MZ, ob von dem Täter eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit ausgeht, antwortet am Abend *Andreas von Koß*, Sprecher des Landeskriminalamtes. „Die Polizei prüft immer die Gefahrenlage. Das passiert unabhängig der nationalen Herkunft der Person.“

### ► Ähnlicher Vorfall in Unterkunft: andere Flüchtlinge greifen ein

Unbekannt ist der Syrer den Behörden freilich nicht. Am Montagabend war er in der Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge in der Halleschen Straße in Merseburg ausgerastet. Laut Polizei hatte er im Küchenbereich einen Mitbewohner aus Afghanistan mit einem Messer bedroht. Anschließend soll der Syrer seinem Opfer,

ohne Messer, bis auf dessen Zimmer gefolgt sein. Dort habe er den Afghanen mit Schlägen und Tritten verletzt. *„Andere Flüchtlinge sind dazwischengegangen“*, sagt *Martin Fiebiger*, Prokurist der Betreuungs- und Integrationshilfe GmbH, die die Unterkunft betreibt. Dort werden ausschließlich männliche Flüchtlinge betreut, die alleine nach Deutschland gekommen sind. 230 Personen sind es zur Zeit.

► **Seit Ende 2017 in Deutschland - seit sechs Monaten in Merseburg**

Der Syrer hält sich der Polizei zufolge seit November 2015 in Deutschland auf. Sechs Monate lebt er mittlerweile im Flüchtlingsheim in Merseburg. Am Montag wurde er nach dem Angriff zunächst in eine psychiatrische Klinik eingewiesen. Ob er eventuell durch Kriegserlebnisse traumatisiert ist, vermag niemand zu sagen.

◆ *„Der polizeiliche Staatsschutz wird sich damit befassen und ärztliche Hilfe einholen“*, so LKA-Sprecher von Koß. *„Er ist auch in der Vergangenheit immer mal wieder verhaltensauffällig geworden und war sehr streitsüchtig“*, erzählt Fiebiger. Allerdings sei es bis Montag nie zu Handgreiflichkeiten gekommen. Um Bewohner und Personal der Gemeinschaftsunterkunft zu schützen, habe er Hausverbot. *„Damit muss sich der Landkreis selbst um seine Unterbringung und die richtige Betreuung kümmern“*, sagt Fiebiger. Harte Fälle wie diese würden zwar immer mal wieder vorkommen, seien aber selten.

Der Landkreis, der sich am Mittwoch nicht äußerte, hatte nach der Attacke die Ausländerbehörde gegen 14 Uhr geschlossen und die zum Teil verstörten Mitarbeiter nach Hause geschickt. (mz)

>>>

# **Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte entscheidet: Moslemische Schülerinnen müssen zum gemischten Schwimmunterricht**

[veröffentlicht am 10.01.2017 von JF](#)

• STRAßBURG: Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat entschieden, daß moslemischen Schülerinnen der Schwimmunterricht mit männlichen Klassenkollegen zumutbar ist. Ein Elternpaar aus Basel hatte sich gegen den gemischten Schwimmunterricht gewehrt, weil ihr Glaube diesen ver-



Schwimmunterricht:  
Auch moslemische Mädchen müssen laut EGMR daran teilnehmen - Foto: picture alliance / dpa

verbiete, berichtet die *Neue Züricher Zeitung*. Das Gericht in Straßburg stellte nun fest, daß die Mädchen dem Unterricht nicht fernbleiben dürfen, sehr wohl aber einen Burkini tragen können.

Hintergrund für das Urteil ist die Weigerung zweier sieben- und neunjähriger moslemischen Mädchen, sich am Schwimmunterricht in einer Grundschule zu beteiligen. Die Eltern waren deshalb 2008 zu einer Strafzahlungen von 700 Franken verurteilt worden, legten aber Beschwerde dagegen ein. Der EGMR erachtete die Integration der beiden Kinder jedoch für wichtiger als die privaten Interessen der Eltern und gab dem Schweizer Staat Recht.

## **Ähnliche Entscheidung auch in Deutschland**

Auch in Deutschland sah ein Richter des Bundesverwaltungsgerichts im Jahr 2013 die Teilnahme einer moslemischen Schülerin am Schwimmunterricht als zumutbar an.

Die marokkanischen Eltern einer Elfjährigen aus Frankfurt hatten ihre Tochter vom Unterricht befreien lassen. Die moslemischen Bekleidungs Vorschriften beim Schwimmen würden nicht eingehalten und die Mädchen sähen dort männliche Mitschüler leicht bekleidet, argumentierten sie vor Gericht.

- ◆ Dieser Anblick sei in Deutschland im Sommer jedoch allgemein üblich und beeinträchtigt die Glaubensfreiheit nur „geringfügig“, wodurch ein Fernbleiben des gemischten Schwimmunterrichtes nicht gerechtfertigt sei. Eine Beschwerde gegen das Urteil wurde nicht angenommen. (vi)

>>>

## Ein *Hijab* kommt vor den Europäischen Gerichtshof

Veröffentlicht am 26.01.2017 von JouWatch

In Norwegen zieht eine Friseurin vor den Obersten Gerichtshof des Landes. Sie hatte sich in ihrem Geschäft in Bryne geweigert, einer 24jährigen muslimische Frau mit Kopftuch die Haare zu färben und sie des Ladens verwiesen.



- Deswegen sollte *Merete Hodne* im Oktober ein Bußgeld in Höhe von ca. 1000 Euro bezahlen.

Da sie sich weigerte, die Strafe zu bezahlen, musste sie sich vor Gericht verantworten, dass sie erneut verurteilte

Sie warf dem Gericht vor, wegen ihrer Mitgliedschaft in einer anti-islamischen Organisation voreingenommen zu sein.

Die 47jährige Geschäftsfrau erklärte in einem Interview:

- „Für mich bedeutet der *Hijab* dasselbe wie die *IS-Flagge*. Er ist ein politisches totalitäres Symbol, das mir sagt, dass Menschen wie ich getötet werden sollen. Wie soll ich dieser Kundin da guten Service bieten. Außerdem ist den meisten Menschen bekannt, dass eine Frau, die das Kopftuch trägt, ihre Haare vor Männern verbergen will. Mein Salon ist für Frauen und Männer. Soll ich Männer aus dem Laden schicken und sie diskriminieren, weil eine Kundin ihre Haare nicht zeigen will? In meinem Geschäft will ich dieses Theater nicht haben.“

Merete Hodne gibt sich kämpferisch:

- „Ich habe keine Angst zu verlieren. Ich bin kein Rassist. Ich bin seit Jahren eine politische Aktivistin gegen die Islamisierung Europas, das heißt nicht, dass ich etwas gegen muslimische Menschen habe. Aber ich werde nicht für etwas bezahlen, das falsch ist.“

Die Geschäftsfrau hat angekündigt, vor den Europäischen Menschengerichtshof zu ziehen, sollte das Gericht in Norwegen das Urteil gegen sie bestätigen.

---

Symbolfoto oben: [Haifeez/ Flickr/](https://www.flickr.com/photos/haifeez/) <https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/>

Original: <http://www.express.co.uk/news/world/758846/Hairdresser-convicted-refusing-serve-hijab-clad-woman-appeals-case-high-court>

>>>

## EU erkennt keine Gülen-Verschwörung in der Türkei

von Christoph B. Schiltz

[Veröffentlicht am 29.01.2017 von welt.de](#)

Das Brüsseler Geheimdienstanalyse-Zentrum hat den Putschversuch gegen das Erdogan-Regime untersucht.

- Ergebnis: „Höchst unwahrscheinlich“ sei, dass der in den USA lebende Prediger Gülen eine entscheidende Rolle spielte.
- Dies hatte Erdogan aber behauptet und daraufhin Tausende Gülen-Anhänger verhaften oder vom Dienst suspendieren lassen.

### ► Hat **Recep Tayyip Erdogan** die Europäer nach dem Putschversuch in der Türkei an der Nase herumgeführt?

Die EU jedenfalls kommt mit Blick auf den Umsturzversuch im Juli zu ganz anderen Ergebnissen als der türkische Staatspräsident in seinen Verlautbarungen. Türkische Regierungskreise wiesen die Anschuldigungen bereits empört zurück. Zündstoff für die Reise von Bundeskanzlerin Angela Merkel, die [Erdogan](#) am kommenden Donnerstag besuchen will.

Konkret geht es um brisante Erkenntnisse, die die Aufklärungsabteilung EU *Intelligence Analysis Centre (EU INTCEN)* der EU-Außenbeauftragten *Federica Mogherini* in einem sechsseitigen Geheimpapier, gestützt auf zahlreiche Informationen aus verschiedenen nationalen Geheimdienstquellen, zusammengetragen hat. Demnach sei es „höchst unwahrscheinlich“, dass der in den USA lebende Prediger *Gülen* eine Rolle bei dem Putschversuch gegen die türkische Regierung im Juli gespielt hat.

Genau dies hatte Erdogan aber immer behauptet und daraufhin in einer beispiellosen Säuberungswelle Tausende seiner Anhänger verhaften oder vom Dienst suspendieren lassen. Seit Monaten fordert Erdogan zudem von Washington die Auslieferung Gülens.

### Gülenisten allenfalls im Rang von Obersten

Zuerst berichteten die österreichische Zeitung „*Die Presse*“ und die britische „*Times*“ über das Papier, das bereits Ende August geschrieben wurde, aber wegen seiner Brisanz und hohen Geheimhaltungsstufe erst jetzt bekannt wurde.

*Mogherinis* Aufklärungsabteilung, in der mehr als hundert Geheimdienstexperten und IT-Fachleute arbeiten, kommt zu dem Schluss, dass es „unwahrscheinlich ist, dass Gülen über die Fähigkeiten und die Mittel verfügt“, einen Putschversuch wie im Juli zu organisieren.

[Der Umsturzversuch](#) sei - anders als von Erdogan behauptet - nicht ausschließlich von Gülenisten, sondern von einer Gruppe von „*Gülenisten, Kemalisten, Opportunisten* sowie generell Gegnern der Regierungspartei AKP“ geplant worden. Seitens der



Gülen-Bewegung seien allenfalls einzelne Militärs, die höchstens im Rang eines Obersts standen, beteiligt gewesen.

Zweite wichtige Erkenntnis der EU-Geheimdienstexperten:

→ *Der Putschversuch sei nicht die Ursache, sondern „nur der Auslöser einer Säuberungswelle, die lange im Voraus vorbereitet wurde“, gewesen. Der türkische Geheimdienst MIT habe für den 26. August eine größere Säuberungswelle geplant gehabt und erste Verhaftungen seien in der Nacht des Putschversuchs am 16. Juli vorgesehen gewesen. Teile des Militärs wollten laut Einschätzung vornehmlich ihrer Verhaftung entgehen und keinen gesellschaftlichen Umsturz bewirken. Laut EU-Geheimbericht sollten auch Aktivisten, die 2013 an den Anti-Erdogan-Protesten im Gezi-Park in Istanbul beteiligt waren, verhaftet werden.*

### **Lambsdorff sieht Haltung des EU-Parlaments bestätigt**

Der Vizepräsident [des EU-Parlaments](#), Alexander Graf Lambsdorff (FDP), sagte der „Welt“:

- *„Der Bericht der Aufklärungsabteilung des Auswärtigen Dienstes in Brüssel über den Putschversuch in der Türkei macht deutlich, dass der Weg der Türkei in Richtung autoritärer Herrschaft schon seit langer Zeit gegangen wurde.“*

Die Forderung des EU-Parlaments nach einer Aussetzung der Beitrittsverhandlungen sei darum richtig.

*„Frau Merkel sollte mit Erdogan bei ihrem Besuch in der Türkei am kommenden Donnerstag beraten, wie der unglückselige Beitrittsprozess beendet und durch eine pragmatische Zusammenarbeit ersetzt werden kann.“*

Merkel hat neben dem Geheimdienstbericht aber auch noch ein anderes Problem im Gepäck: Etwa 40 zumeist hochrangige [türkische Nato-Soldaten](#) haben Asyl in Deutschland beantragt. Sie fürchten Verhaftungen und Folterungen in der Türkei.

>>>

# Europa: Der Fall der verschwindenden Frauen

von Judith Bergman - Übersetzung: H. Eiteneier

[veröffentlicht am 06.01.2017 von gatestoneinstitute.org](http://www.gatestoneinstitute.org)

- *"Es wäre am besten, ihr wartet draußen. Hier sind Männer ... in diesem Café gibt es keine Diversität."* – ein männlicher Gast in einem Café in Servan im Fernsehsender France 2
- *"In diesem Café gibt es kein Mischen. Wir sind in Sevran, nicht in Paris. Hier gibt es eine andere Mentalität. Es ist wie Zuhause."* – ein weiterer männlicher Gast in einem Café in Servan im Fernsehsender France 2
- Frauen sind anscheinend aus den Cafés und von den Straßen *"getilgt worden"...* *"Jetzt meiden sie also die Straßen und werden unter Druck gesetzt Selbstzensur auszuüben und still zu schweigen."* – Caroline Sinz, Journalistin, Fernsehsender France 2
- Die Islamisierung ist von Qatars bedeutenden Investitionen in Frankreich – besonders in Moscheen – während der letzten fünf Jahre geschürt und gestärkt. Diese Investitionen stehen aktuell bei etwa \$22 Milliarden.
- *"Es gibt eine oft von Minderheitengruppen über eine Mehrheit ausgeübte, unangebrachte Form der Moral, die zu der Tatsache führt, dass der öffentlichen Raum, der Männern wie Frauen gehören sollte, für Frauen nicht zugänglich ist."* – Pascale Boistard, ehemalige französische Ministerin für Frauenrechte.
- Französische Minister heucheln Überraschung und Empörung, dass Frauen in diesen Vororten schließlich dem unaufhörlichen Terror gegen sich erlegen sind und von den Straßen verschwinden.

Frauen sind buchstäblich aus Cafés und Bars in bestimmten, vorwiegend muslimischen Vororten in Frankreich verschwunden, heißt es in gerade ausgestrahltem [Undercover-Material](#) des Fernsehsenders France 2. Die Bilder zeigen die zwei Aktivistinnen Nadia Remadna und Aziza Sayah von der Frauenrechtsgruppe *La Brigade des Mères* (Mütterbrigade), die ein Café im Pariser Vorort Sevran betreten, wo ihnen Überraschung und Feindseligkeit der ausschließlich männlichen Kunden entgegenschlägt. Einer [sagte](#) ihnen: "Es wäre am besten, ihr wartet draußen. Hier sind Männer ... in diesem Café gibt es keine Diversität."

Ein weiterer Kunde sagte ihnen: *"In diesem Café gibt es kein Mischen. Wir sind in Sevran, nicht in Paris. Hier gibt es eine andere Mentalität. Es ist wie Zuhause."*

In einem Vorort von Lyon [sprach](#) die Journalistin Caroline Sinz von France 2 TV mit einer jungen Frau, die sagte, sie habe schlicht zu viel Angst um auszugehen; sie trägt Schlapperlook und kein Makeup, um von den muslimischen Männern im Viertel nicht angegangen zu werden.



Aziza Sayah (links) und Nadia Remadna (rechts) sind Aktivistinnen der französischen Frauenrechtsgruppe "Mütterbrigade", die vor kurzem mit versteckter Kamera in ein Café in einem Pariser Vorort gingen, wo ihnen Überraschung und Feindseligkeit der ausschließlich männlichen Kunden entgegenschlug. (Bildquelle: Screenshot eines Videos von France 2)

Sinz drückt es so aus: Frauen sind aus den Cafés und von den Straßen "getilgt worden". Sinz [erklärte](#) weiter, dass Frauen in diesen Gegenden früher gegen den Status quo protestierten, aber heute nicht mehr.

- ◆ *"Sie haben Angst, sie haben bereits in vielen Städten ihre Meinung gesagt und wurden beleidigt und angegriffen... Jetzt meiden sie also die Straßen und werden unter Druck gesetzt Selbstzensur auszuüben und still zu schweigen."*

Axelle Lemaire, Frankreichs Ministerin für digitale Angelegenheiten und erstes offizielles Mitglied der Regierung, die das Material kommentierte, [sagte](#), die Bilder schienen einen "nicht zu tolerierenden" und "illegalen" Fall an "Diskriminierung von Frauen" zu zeigen. [Sie fügte](#) allerdings rasch an, dass es keine Frage der Religion sei und sagte, Frankreichs muslimische Gemeinden sollten nicht dafür verantwortlich gemacht werden.

Lemaires Kommentar zur Religion offenbart einmal mehr die vorsätzliche Ignoranz, die so viele in Europas politischem Establishment in ihrer Weigerung zur Schau stellen sich mit den Problemen der Islamisierung auseinanderzusetzen. Sevrans ist Teil des Distrikts Seine-Saint-Denis, einer Gegend, in der bei einer Gesamtbevölkerung von 1,4 Millionen Menschen mehr als 600.000 Muslime wohnen. Bereits 2011 zeigte ein Bericht des äußerst respektierten Politikwissenschaftlers und Islam-experten Gilles Kepel, "[Banlieue de la République](#)" (Vorort der Republik), dass Seine-Saint-Denis, wie auch andere Vororte, zu islamischen Parallelgesellschaften werden, die zunehmend vom Rest der französischen Gesellschaft abgeschnitten sind. Dass Frauen inzwischen

von den Straßen Sevran verschwinden, kann ist nicht von der Tatsache der Islamisierung dieser Gesellschaften zu trennen.

Die Islamisierung ist von Qatars bedeutenden Investitionen in Frankreich – besonders in Moscheen – während der letzten fünf Jahre geschürt und gestärkt. Diese Investitionen stehen aktuell bei etwa [\\$22 Milliarden](#). Investition in Moscheen sind die Art wie Qatar offensichtlich den Wahhabismus/Salafismus – eine besonders radikale Form des Islam – überall in der Welt verbreitet.

Das islamische Scharia-Recht ist ziemlich klar, was die Rolle der Frau im Islam angeht; französische Politiker wären durchaus gut beraten einen Koran zu öffnen, bevor sie verkünden die jüngsten Ereignisse hätten "nichts mit dem Islam zu tun". Der Koran erklärt, dass eine Frau in allen Dingen ihrem Mann zu gehorchen [Sure 4,34]<sup>[1]</sup> und dass sie ihre Rolle im Haus hat, wo sie vorzugsweise bleiben sollte, außer sie hat eine legitime Besorgung außerhalb des Hauses zu erledigen [Sure 33,33].<sup>[2]</sup> In Ländern wie Saudi-Arabien, in denen die Scharia das Recht des Landes ist, kann eine Frau das Haus nicht ohne Erlaubnis ihres Mannes verlassen.

Bedenkt man die untergeordnete Rolle der Frau im Scharia-Recht, dann ist es eine nur natürliche Entwicklung, dass diese französischen Vororte, die islamisiert worden sind und wo die Scharia hoch geachtet wird, heute Saudi-Arabien gleichen. Die zunehmenden Bemühungen der Islamisierung, unterstützt mit Geld und Einfluss aus Qatar, kann nur für diejenigen der kulturellen und politischen Eliten überraschend kommen, die es verbissen ablehnen die Realitäten anzuerkennen und mit ihnen klarzukommen.

Ein weiterer französischer Politiker, der ehemalige Arbeitsminister Eric Woerth, [sagte](#), die Bilder "stechen ins Herz der Republik. Das Herz der Republik ist die Gleichheit von Männern und Frauen." Aber kommt diese leidenschaftliche Erklärung von "liberté, égalité, fraternité" nicht etwas zu spät? Wo sind diese Politiker gewesen? Vor einem Jahr [sagte](#) Pascale Boistard, damals Frankreichs Ministerin für Frauenrechte, in einem Interview:

- ◆ *"Es gibt auf unserem Territorium Gebiete, in denen Frauen nicht anerkannt sind, in denen sie nicht respektiert werden und in denen sie fast dazu verpflichtet sind mit dieser Tatsache als Belästigung im Alltagsleben zu leben. Und jeder scheint das mehr oder weniger normal zu finden... In vielen Vierteln sind Frauen auf bestimmte Gebiete beschränkt (das Foyer, den Ausgang der Schule...) und kommen in anderen praktisch nicht vor, so an Sportstätten oder Unterhaltungsorten. Ist es normal, dass man an einigen Orten keine Frauen in Cafés finden kann? Es gibt eine oft von Minderheitengruppen über eine Mehrheit ausgeübte, unangebrachte Form der Moral, die zu der Tatsache führt, dass der öffentlichen Raum, der Männern wie Frauen gehören sollte, für Frauen nicht zugänglich ist."*

Die Unterordnung, Erniedrigung und Terrorisierung von Frauen in den Vororten geht seit Jahrzehnten vonstatten, direkt unter der Nase dieser Politiker, die behaupten sich um die Rechte von Frauen und "das Herz der Republik" zu sorgen, aber ignorant

blieben. 2002 beschrieb Samira Bellil, die verstorbene Autorin von "*Dans l'enfer des tounantes*" (deutscher Titel: [Durch die Hölle der Gewalt](#)), dass Ende der 1980-er Jahre ihr Leben als Teenager in den Vororten – wie der Titel nahe legt – die reine Hölle war. Im [Gespräch mit dem Magazin Time](#) sagte sie 2002:

- ◆ *"Von dem Augenblick an, an dem ein Mädchen den Fuß nach draußen setzt, glauben die Typen, sie hätten das Recht über uns zu urteilen und uns anders zu behandeln. In extremen Fällen führt das zu Gewalt oder Aggression."*

Bellil wurde wiederholt von muslimischen Jugendlichen gruppenvergewaltigt, die sie kannten und sie ins Visier nahmen, weil *"jedes Mädchen im Viertel, das raucht, Makeup genutzt oder attraktive Kleidung trägt eine Hure ist"*. Damals berichtete *Time* weiter:

- ◆ *"Die Polizei mag in den Gegenden aus Angst vor Gewalt nicht patrouillieren. Das Ergebnis: Anstand und Ordnung sind in vielen Banlieues zusammengebrochen und Banden junger Männer haben das Gefühl sie können Frauen ungestraft angreifen..."*

Das ist fünfzehn Jahre her.

Im selben Artikel interviewte *Time* auch Fadela Amara, Leiterin der Organisation *Ni Putes ni Soumise* (Weder Huren noch Unterworfenen), die dafür kämpft, dass Frauen in der Lage sind ein normales, modernes Leben zu führen. Amara sagte, seit 1992 müssen die Frauen in den Vororten Frankreichs mit dem sich verbreitenden Einfluss islamischer Fundamentalisten fertig werden:

- ◆ *"Im Verlauf der letzten 10 Jahre hat sich die Stellung der Frauen in den Banlieues radikal verschlechtert... Wir sehen eine Zunahme an Beleidigungen junger Frauen, die Jeans tragen, einen Anstieg in Zwangs- und arrangierten Ehen, dass junge Frauen genötigt werden die Schule abzubrechen sowie ein stärkeres Vorkommen von Polygamie."*

Fünfzehn Jahre später heucheln französische Minister Überraschung und Empörung, dass Frauen in diesen Vororten schließlich dem unaufhörlichen Terror gegen sich erlegen sind und von den Straßen verschwinden.

---

[\[1\]](#) Sure 4,34: Die Männer stehen in Verantwortung für die Frauen wegen dessen, womit Allah die einen von ihnen vor den anderen ausgezeichnet hat und weil sie von ihrem Besitz (für sie) ausgeben. Darum sind die rechtschaffenen Frauen (Allah) demütig ergeben und hüten das zu Verbergende, weil Allah (es) hütet. Und diejenigen, deren Widersetzlichkeit ihr befürchtet, – ermahnt sie, meidet sie im Ehebett und schlägt sie. Wenn sie euch aber gehorchen, dann sucht kein Mittel gegen sie."

[\[2\]](#) Sure 33,33: Haltet euch in euren Häusern auf; und stellt euch nicht zur Schau wie in der Zeit der früheren Unwissenheit. Verrichtet das Gebet und entrichtet die Abgabe und gehorcht Allah und Seinem Gesandten. Allah will gewiss nur den Makel von euch entfernen, ihr Angehörigen des Hauses, und euch völlig rein machen.

---

Englischer Originaltext: [Europe: The Case of the Vanishing Women](#)

>>>

## Großbritannien fürchtet Senfgas-Angriff durch den IS

veröffentlicht am 02.01.2017 von JouWatch

- ❖ Der britische Minister für Sicherheitsangelegenheiten Ben Wallace befürchtet einen Chemiewaffenangriff auf Großbritannien durch den IS, das berichtet die *SUN*.

Es wird vermutet, dass der IS in Syrien und im Irak bereits chemische Waffen eingesetzt hat und mittlerweile auch in der Lage ist, sie selbst herzustellen.



Foto: [Fraktion DIE LINKE. im Bundestag](#)  
Flickr/ <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/2.0/>

- ▶ **„Der IS will große Anschläge mit vielen Opfern auf einmal verüben. Die IS-Anhänger haben keinerlei Skrupel, chemische Kampfstoffe zu benutzen, und wenn sie können, werden sie das auch in unserem Land tun. Das wäre unser schlimmster Albtraum“**, so Ben Wallace.

Gefürchtet wird vor allem das tödliche Senfgas. Erst im Februar war in Marokko eine islamische Terrorgruppe aufgefliegen, die Chemiewaffen hergestellt hatte.

---

Quelle: <https://www.thesun.co.uk/news/2512726/terror-group-plotting-to-use-chemical-weapons-in-uk-attack-as-they-launch-recruitment-campaign/>

>>>

# Norwegen: *Fußfesseln für abgelehnte Asylbewerber*

[veröffentlicht am 07.01.2017 von JouWatch](#)

Die norwegische Regierung will jetzt zu drastischen Maßnahmen greifen, um zu verhindern, dass sogenannte Flüchtlinge, die keinen Anspruch auf Asyl haben, einfach untertauchen.

Sie wollen sie mit Fußfesseln versehen, um sie überwachen zu können, berichtet [express.uk](#)

Allein im vergangenen Jahr verschwanden 5 482 Migranten aus ihren Asylzentren. Bei 69 Prozent von ihnen war der Asylantrag abgelehnt worden oder sie hatten keine Aufenthaltsberechtigung.

Der Sprecher des Justizministeriums Andreas Bondevik erklärt:

- ◆ *„Jedes Jahr werden viele Asylbewerber abgelehnt. Sie müssen in ihre Heimatländer zurückkehren. Doch unglücklicherweise entziehen sie sich der Abschiebung. Deshalb ist es für die norwegischen Behörden wichtig, sie zu überwachen, bevor sie untertauchen können. Die Fußfessel ist eine gute Alternative zur Abschiebehäft.“*

Im September hatte die norwegische Regierung angekündigt, 9000 illegale Migranten bis zum Ende des Jahres abschieben zu wollen.

Im Moment werden abgelehnte Asylbewerber, bei denen ein Fluchtrisiko besteht, ins geschlossene Trandum Center in Oslo gebracht.

Das Abschiebe-Zentrum war in der Vergangenheit immer wieder in die Kritik geraten. *„Dort ist es schlimmer als im Gefängnis“*, behaupteten die Gegner.

Die Migrationsministerin Sylvi Listhaug hatte die Vorwürfe scharf zurückgewiesen:

- ◆ *„Die Migranten bringen sich ganz alleine in die Situation, indem sie versuchen ihrer Abschiebung zu entgehen oder den Behörden falsche Angaben gemacht haben. Der einzige Grund, das sie dort landen ist, dass eine Fluchtgefahr besteht. Trandum ist wichtig, um eine faire Einwanderungspolitik betreiben zu können. Außerdem gibt es dort viel Hilfestellung und eine finanzielle Unterstützung, wenn die Migranten freiwillig in ihre Heimatländer zurückkehren.“*

---

Quelle: <http://www.express.co.uk/news/world/751049/Norway-24-hour-surveillance-migrants-thousands-vanish>

## Österreich:

### Polizei Wien untersagt friedlichen `Marsch fürs Leben` Agressive Pro-Islam & Kurden-Demos genehmigt

#### ► Polizei kürzt geplanten Marsch zu einer Standkundgebung

Kurz vor Weihnachten sollte in Wien der „*Marsch fürs Leben*“ stattfinden. Gefordert wird eine Modernisierung der Fristenregelung, unter anderem mehr Hilfe für Frauen im Schwangerschaftskonflikt, Abschaffung der Spätabtreibung, und eine Bedenkzeit vor dem Schwangerschaftsabbruch. Der Marsch wurde kurzfristig von der Polizei untersagt.

#### ► Untersagung trotz drei verschiedener Routen

Die Veranstalter des Marsches, *die Jugend für das Leben*, meldeten drei verschiedene Routen an, um auf friedliche Art und Weise eine Modernisierung der Fristenregelung zu fordern.

- Zwei Routen wurden von vorne herein mit der Begründung „*Überfüllung der Innenstadt in der Adventszeit*“ verboten.
- Bei der Planung einer Alternativroute war die Polizei unkooperativ. Eine weitere Route wurde zuerst vom Polizeijuristen erlaubt und am Vortag um ca. 21:30 Uhr dann mit derselben Begründung untersagt. Es durfte nur eine Standkundgebung stattfinden.

#### ► Beschwerdeverfahren gegen die Polizei wird eingeleitet

Andere Demos am selben Tag durften in der Wiener Innenstadt stattfinden, z.B. die Demo der „*Islamischen Förderung in Wien*“ oder die Kurdendemo, bei der es schon öfters zu Ausschreitungen gekommen ist. Auch die anderen Märsche fürs Leben in der Adventszeit in Innsbruck, Salzburg, Graz und Linz durch die Innenstädte, mit vielen Kindern und Jugendlichen, wurden nicht verboten. Die Jugend für das Leben hat ein Beschwerdeverfahren gegen die Polizei beim Landesverwaltungsgericht eingeleitet.

---

Quelle: <http://www.marsch-fuers-leben.at>

>>>



## Real Madrid entfernt Kreuz aus Emblem

[Veröffentlicht am 26.01.2017 von jungefreiheit.de](#)

MADRID. Der spanische Fußballverein Real Madrid verzichtet auf das christliche Kreuz bei Fanartikeln für den islamischen Markt.

Darauf einigte sich der Spitzenclub mit dem Sportartikelvermarkter *Marka*, wie der *Kicker* meldete.



Spieler von Real Madrid bejubeln ein Tor: Fanartikel für die islamische Welt ohne Kreuz Foto: picture alliance / Cordon Press

Der Großhändler aus den Vereinigten Arabischen Emiraten besitzt nun die exklusiven Vermarktungsrechte für Fanartikel in Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Katar, Kuwait, Bahrain und Oman.

„Wir müssen vorsichtig mit anderen Golfstaaten umgehen, die sehr sensibel auf Produkte reagieren, bei denen ein Kreuz abgebildet ist“, sagte der Vizechef von Marka, *Khaled al-Mheiri*, gegenüber der Nachrichtenagentur *Reuters*. Es werde aber weiterhin eine Kollektion von Fanartikeln mit vollständiger Königskrone geben, nur nicht für die islamische Welt. Auf Repliken, die in Dubai gehandelt werden, habe man allerdings keinen Einfluß.

Das Emblem des renommierten Traditionsvereins zeigt die spanische Krone mit Kreuz. Bereits bei einer Werbeveranstaltung 2014 [entfernte Real Madrid dieses Kreuz aus Rücksichtnahme auf den damaligen Sponsor](#), die Nationalbank von Abu Dhabi. Nach Protesten wurde davon aber Abstand genommen. Das spanische Königshaus verlieh dem Verein 1920 den Ehrentitel „real“ („königlich“) sowie die Erlaubnis, die Königskrone im Wappen zu führen. (FA)

>>>

## Schweden: *Militär gegen Migrantenkriminalität und Islam-Terror?*

[Veröffentlicht am 19.01.2017 von JouWatch](#)

Der schwedische Politiker *Magnus Olsson* (SD) hat gefordert, Soldaten nach Malmö zu schicken, um Recht und Gesetz wieder durchzusetzen.

- *„Wir haben zu wenig Polizisten in Schweden und auch in Malmö. Deswegen sollten Militär und Polizei zusammenarbeiten. In Krisenzeiten kann das Militär mit logistischer Unterstützung, Material und Fahrzeugen aushelfen,“* sagte Olsson.



Symbolfoto: Pixabay/ CC0 Public Domain

Die Kriminalitätsrate in Malmö ist in nur wenigen Monaten in die Höhe geschossen. Die Einwohner der drittgrößten schwedischen Stadt sehen sich einer Welle der Gewalt ausgesetzt: Schießereien, Mord und sogar Granatenattacken machen Teile der Stadt zu *No-Go-Areas*.

Schwedische Behörden warnen in einem neuen Bericht zur Sicherheitslage außerdem vor Anschlägen durch islamische „*Einsame Wölfe*“. Der IS gilt in diesem Jahr als größte Bedrohung für das Land. Besonders gefürchtet sind islamische Täter, die sich unbemerkt radikalieren und Anschläge wie in Nizza und Berlin begehen können.

---

Original: <http://www.express.co.uk/news/world/756073/sweden-lone-wold-islamist-terror-attacks-isis-mats-sandberg-malmo>

>>>

## Spanien: Einführung islamischer Feiertage geplant, christliche sollen verschwinden!

[Quelle: express.co.uk vom 06.01.2017](http://express.co.uk)

Ein Berater des spanischen Justizministeriums hat bestätigt, dass es Pläne gibt, in Spanien islamische Feiertage einzuführen.

Wenn die spanische Regierung tatsächlich islamische Festtage auf den Kalender hebt, müssten im Gegenzug dafür christliche und öffentliche Feiertage abgeschafft werden.



Symbolfoto: Pixabay/ CC0 Public Domain

Die umstrittenen Reformen beinhalten auch Pläne, nach denen die Spanier 0,7 Prozent ihrer Einkommenssteuer zur Förderung anderer Religionen wie Islam, Judentum, Buddhismus und Protestantismus abgeben müssen.

Bereits seit 2010 ist das islamische Opferfest in den spanischen Enklaven Ceuta und Melilla ein offizieller Feiertag. Dort sind 50 Prozent der Einwohner Muslime.

- ❖ Ein Tabubruch, denn es war das erste Mal seit der *Reconquista*, dass ein nichtchristliches Fest öffentlich gefeiert wird.

>>>

# Steuerzahler-Bund erstattet Strafanzeige gegen Asylbehörde wegen Verdacht der Sozialbetrug-Vertuschung

von Detlef Kossakowski

[Veröffentlicht am 27.01.2017 von EpochTimes](#)

Nach Hinweisen auf eine Vertuschung von Sozialbetrug in Niedersachsen in über 300 Fällen erstattete der Bund der deutschen Steuerzahler eine Strafanzeige gegen die Leitung der Landesaufnahmebehörde (LAB) in Braunschweig. Es soll direkte Anweisungen an eine ehemalige Mitarbeiterin gegeben haben, Sozialbetrug zu ignorieren. Der Vorwurf lautet auf Untreue und Strafvereitelung im Amt.

Dies berichtete [„freiewelt.net“](#).

Einem Bericht des NDR-Magazins „Hallo Niedersachsen“ zufolge gab es direkte Anweisungen von Vorgesetzten an die ehemalige Mitarbeiterin *Nadja N.*, Hinweise auf Sozialbetrug zu ignorieren und die entsprechenden Akten beiseite zu schaffen ([EPOCH TIMES](#) berichtete).

*Nadja N.* ging darauf direkt zur Polizei, um den Sozialbetrug anzuzeigen. Doch die Polizei erhielt zunächst keine Akteneinsicht, wie *Ulf KÜch*, Kriminaldirektor der Polizei Braunschweig, beklagte. Der Steuerzahler-Bund läßt nun deswegen gegen Behörde und Innenministerium ermitteln, inwieweit bewusst vertuscht wurde.

## Wie lange weiß Innenminister Pistorius schon davon ?

Unterdessen gab es Empörung bei der Opposition des Niedersächsischen Landtages. CDU und FDP fragen danach, wie lange Innenminister *Boris Pistorius* (SPD) bereits davon weiß. „*Der Innenminister darf sich nicht länger in Schweigen hüllen*“, sagte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende *Editha Lorberg* (CDU) Anfang der Woche laut [„Welt“](#). Es dränge sich in der Öffentlichkeit der Eindruck auf, Landesbehörden würden Hundertfachen Sozialbetrug auf Anordnung von ganz oben vertuschen, heißt es dort.

Heute tagt nach einem Bericht der [„freiewelt.net“](#) der Innenausschuss des Landtages dazu. In der CDU-Fraktion denkt man über die Einsetzung eines parlamentarischen Unterausschusses.